



Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in

Krisenzeiten und darüber hinaus!

Unsere Analyse rund um die Corona-Krise

SEHEN

Ausgehend vom Leben einzelner junger Menschen in der CAJ haben wir in den vergangenen Wochen, Lebenssituationen wahrgenommen, die einem gelingenden Leben, das sich am Wohle der Menschen ausrichtet, entgegen stehen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und vor allem der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung sind für uns alle deutlich spürbar: „Es schränkt mich sehr ein, aber es ist eben zum Wohle aller, dass wir mal zum Hausarrest verdonnert wurden. (...) Ich hoffe, dass der Hausarrest so schnell wie möglich aufgehoben wird, damit ich wieder normal arbeiten kann und vor allem zu meinen Eltern und Großeltern gehen kann.“ (Adrian, 25). Eine räumliche Abgrenzung von Freund*innen, der Familie und sozialen Kontakten insgesamt führt bei vielen jungen Menschen zu einem Gefühl der Isolation und des Alleinseins. Auch wenn diese Maßnahmen vollkommen nachvollziehbar sind, ziehen sie dennoch bei vielen Menschen eine erhöhte emotionale Belastung nach sich.

Darüber hinaus spitzen sich in unter dem Einfluss der Corona-Krise andere gesellschaftliche Missstände und Widersprüche zu. Auf diese Aspekte der Krise wollen wir nun unser Augenmerk richten.

Unsere Zeit und Lebenskraft werden ausgebeutet!

Die veränderten Bedingungen in Schule, Ausbildung und Beruf belasten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonders. Da Schulen geschlossen wurden, verlagert sich das Lernen auf den privaten Raum. So berichtet eine Auszubildende zur Rechtsanwaltsfachangestellten (28) davon, dass sie immer von der Schule Aufgaben bekommt, die sie an den Tagen erledigen muss. Ihr Chef sieht aber den Schulausfall als freie Zeit und verpflichtet sie deshalb, Vollzeit zu arbeiten. Darüber hinaus darf sie generell (also auch vor Corona) während ihrer Arbeitszeit nichts für die Schule machen. Das bedeutet de facto jetzt für sie, dass sie 100% arbeitet und etwa 40% Schule hat.

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

Im Bereich der Erwerbsarbeit arbeiten viele junge Menschen im Homeoffice, in Schichtarbeit oder aber unter neuen Umständen vor Ort. Diese Veränderungen erfordern von Seiten der jungen Menschen eine Umstellung, für die häufig wenig Raum ist. Es wird erwartet, dass die gleiche Leistung wie zuvor erbracht wird. Eine Verlagerung der Tätigkeiten in den privaten Bereich oder aber auch in zeitlich anders gelagerte Bereiche bringt jedoch häufig eine noch stärkere Entgrenzung der Erwerbsarbeit und des Privatlebens mit sich. Besonders deutlich zeigt sich dieses Problem, wenn zuhause neben der Arbeit auch noch Kinder betreut werden müssen: „[W]ir können ja beide im Homeoffice arbeiten und das gilt als zumutbare Form der Kinderbetreuung. Zumutbar!? Ich frage mich, ob sich diejenigen, die sich um die Ausgestaltung der Gesetze kümmern, nicht vorstellen können, dass es unmöglich ist, mit zwei kleinen Kindern parallel zu arbeiten.“ (Sandra, 33).

Darüber hinaus müssen die meisten, die nun wie Caro (31) von zuhause aus arbeiten, ihre eigenen Ressourcen mit einbringen und zusehen, wie sie ihre Arbeitstätigkeit organisieren: „Homeoffice ist schwierig, weil wir nicht für Homeoffice ausgestattet sind! (...) Es gibt in der eigenen Wohnung eigentlich keine Möglichkeit, um ordentlich zu arbeiten: Es gibt keinen Schreibtisch; am Esstisch ist kaum Platz und der ist nicht fürs Arbeiten gemacht. (...) Bildschirm, Tastatur und Maus konnten aus dem Büro mitgenommen, was aber auch nur ging, weil ich ein Auto hatte. Arbeite ich doch mal im Büro, nehme ich halt alles wieder mit. Ich sehe es nämlich nicht ein, nur am Laptop zu arbeiten, weil ich davon Schmerzen bekomme. Ich nutze mein privates Telefon und Internet (...). Es erfolgt deutlich mehr Kommunikation auf privaten Kanälen. Zum Beispiel habe ich seit heute frei, hatte aber heute früh schon eine Whatsapp-Nachricht von meinem Chef.“ Neben der Entgrenzung erleben junge Menschen gesundheitliche Folgen der veränderten Umstände.

Wir erleben auch, dass einige Unternehmen die Möglichkeit der Kurzarbeit ausnutzen. Dies führt zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung und damit zu Stress und Druck bei den Arbeitenden. Unternehmen nutzen die Situation aus, um Kosten zu sparen und setzen damit die Gesundheit der Mitarbeitenden aufs Spiel. Michaela (28) berichtet deutlich: „Wir müssen im Betrieb Kurzarbeit machen, auch wenn dies gar nicht nötig ist. Zwangskurzarbeit nutzt die staatlichen Regelungen aus, denn eigentlich hat sich die Auftragslage nicht geändert. So kommt es zu einer Arbeitsverdichtung. Es geht stur um Kostenersparnis und das nervt, denn in der Nachfrage nach unseren Produkten hat sich nix verändert. Der Handwerksbereich läuft einfach weiter. Der Onlinehandel bestellt auch eher mehr Ware. Es geht einfach darum, weniger Ausgaben für das Personal zu haben.“

Besondere Einschränkungen erleben junge Angestellte im Gesundheits- und Pflegebereich. Sie können kaum private Planungen vornehmen, da Arbeitszeiten stark ausgeweitet werden und sie selbst häufig auf Abruf stehen, zurück in den Dienst zu gehen. Das erschwert das digitale Pflegen von Beziehungen ebenso wie das ehrenamtliche Engagement. Die Notwendigkeit ihrer Tätigkeiten in solchen Krisenzeiten schafft einen erhöhten Druck. Es wirkt sich nun besonders drastisch aus, dass in diesen Bereichen in den letzten Jahrzehnten unter Kostendruck Personal eingespart wurde. Schon vorher waren viele Pflegenden überlastet, und diese Überlastung verschärft sich nun. Diese

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

Überlastung stellt ein Gesundheitsrisiko für die Pflegenden dar und trägt damit potenziell zur Verbreitung der Krankheit in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bei.

Doch auch in Wirtschaftsbereichen, die nicht als systemrelevant im Sinne eines Aufrechterhaltens der Lebensfähigkeit des Menschen einzuordnen sind, wird die Arbeitstätigkeit weiter vorangetrieben und damit in Kauf genommen, dass Arbeitnehmer*innen sich gesundheitlichen Risiken aussetzen. Diese Bereiche sind häufig genau die, die sich aufgrund hoher Gewinne eine gute Lobby leisten können, wie etwa die Waffenindustrie.

Es findet eine autoritäre Ausgrenzung und Entmündigung statt!

Staatliche Regelungen zum Schutz vor der Corona-Pandemie dienen letztlich dem Schutze der Menschen. Dennoch zeigt sich deutlich, dass getroffene Entscheidungen vor allem auch zum Wohle der Wirtschaft geschehen. Während bereits seit Beginn der Pandemie das persönliche soziale und religiöse Leben stark eingeschränkt wurde, wurde ein Niederlegen der Erwerbsarbeit im Rahmen der Wirtschaft nicht in Erwägung gezogen. Es zeigt sich, wie stark unser System auf das kapitalistische Wirtschaften ausgerichtet ist. Diese Fokussierung geht zulasten der Menschen. Die Gesundheit ist wichtiger als soziale Kontakte, Bildung, Kultur und psychisches Wohlergehen. Doch die industrielle Produktion wird noch über die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen gesetzt.

Im Zuge der Kontaktbeschränkung werden nicht nur Gottesdienste oder auch Freizeitaktivitäten untersagt, sondern auch viele Formen der politischen Teilhabe und Mitbestimmung wie etwa Demonstrationen. Teilweise erweisen sich diese Verbote als verfassungswidrig. Während also beispielsweise die eben benannte Waffenindustrie weiter produzieren darf, ist ein Protest untersagt. Dies führt zu einer Verschiebung der gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Wir nehmen wahr, dass im Bereich der Erwerbsarbeit häufig verantwortungslose Entscheidungen autoritär getroffen werden, welche Schutzmaßnahmen in welchem Ausmaß ergriffen werden – auch wenn es inzwischen immerhin staatliche Regelungen zum Schutz am Arbeitsplatz gibt. Dabei haben die Entscheidungsträger*innen häufig wenig Bewusstsein für den tatsächlichen Arbeitsalltag der Menschen und nehmen deren Rückmeldungen und Bedarfe nicht ernst. Eine Mitbestimmung von Seiten der direkt Betroffenen ist nicht möglich. Besonders betroffen sind auch hier wieder Berufe aus dem Pflege- und Gesundheitswesen. Eine Ärztin (30) berichtet etwa davon, dass ihre Krankenhausleitung vermeidet, das Personal auf COVID-19 zu testen, um zu verhindern, dass zu viele Angestellte in Quarantäne gehen müssen. Aus anderen Arbeitsbereichen hören wir ähnliche Berichte. Und das gilt nicht nur bezüglich Schutzmaßnahmen, sondern etwa auch bei der Option Homeoffice zu machen: „Unser Geschäftsleiter will nicht, dass wir Homeoffice machen. Das ist ganz ungerne gesehen. Das geht nur für EDV-Menschen und Risikopatient*innen. Warum weiß ich gar nicht so genau.“ (Michaela, 28). Das Misstrauen gegenüber den Angestellten ist in vielen Fällen so groß, dass viele Vorgesetzte nicht einmal für die Eindämmung der Pandemie bereit sind, Homeoffice

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

zu erlauben. Ihre Angestellten laufen damit gegen den eigenen Willen Gefahr, sich selbst anzustecken und den Virus weiterzutragen.

Durch die Schließung nationaler Grenzen erleben junge Menschen eine starke Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, etwa wenn deren Lebens- und Arbeitsmittelpunkt in unterschiedlichen Ländern ist. Eine große Errungenschaft der europäischen Gemeinschaft wird eingedämmt ob einer Willkür der erneuten Abschottung anhand der Ländergrenzen, obwohl es keinen Grund dafür gibt, anzunehmen, dass nationale Grenzen relevanter sind als andere.

Wertvolle Errungenschaften, wie die europäische Gemeinschaft oder auch eine internationale Solidarität mit Menschen weltweit werden plötzlich wieder in Frage gestellt, wenn es um das (wirtschaftliche) Überleben Deutschlands geht. „Wir profitieren in Deutschland davon, dass in anderen Ländern, bspw. Italien härtere Sperren bestehen. So werden hier Unternehmen besonders angefragt, da Konkurrent*innen in anderen Ländern nicht mehr arbeiten dürfen. Aus diesem Grund werden Ausgangssperren in Deutschland nicht so stark gemacht.“ (Michaela, 28). Dieser Standortnationalismus eröffnet weiteren nationalistischen Strömungen die Tore, die nationalistische Sichtweisen propagieren.

Geflüchtete, deren Situation auch unabhängig von einer solchen Krise durch Aus- und Abgrenzung geprägt ist, leiden besonders unter den jetzigen Bedingungen, da sie kaum machtvollen Fürsprecher*innen aufweisen können.

Wir erleben eine Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse!

Wir sehen, dass die Maßnahmen zugunsten der deutschen Wirtschaft getroffen werden. Indem deutsche Unternehmen weiter produzieren, während in anderen Ländern die Produktion heruntergefahren werden, verschaffen sie sich einen Wettbewerbsvorteil. Dies birgt die Gefahr, Prekarisierung und Arbeitslosigkeit in anderen Ländern zu bewirken. Diese destruktive nationalistische Logik konterkariert die Idee europäischer Solidarität.

Arbeitgeber*innen in hiesigen Betrieben nutzen die Situation aus und ordnen beispielsweise Zwangskurzarbeit oder das Nutzen eigener Ressourcen wie PC, Telefon, Schreibtisch, etc. an. Wer über diese Möglichkeiten nicht oder nur bedingt verfügt, ist klar benachteiligt. Der Pflicht des Unternehmens, für eine angemessene Arbeitsfähigkeit durch eine passende Ausstattung zu sorgen, wird häufig nicht nachgekommen. Gerade in Beschäftigungsbereichen im unteren Lohnsektor führt Kurzarbeit in vielen Fällen zu spürbaren finanziellen Einbußen, die existenzielle Nöte mit sich bringen.

Insbesondere Menschen ohne geregelt monatliches Einkommen leben unter prekären Bedingungen. Selbstständige und Arbeitende mit Werksvertrag haben häufig Verdiensteinbußen, da deren Tätigkeiten nicht in Anspruch genommen werden (können). Viele von ihnen fallen durch das Raster oder haben nur einen erschwerten Zugang zu staatlichen Ausgleichsmaßnahmen und Hilfen. Christoph erzählt: „Eine Freundin arbeitet als Musiktherapeutin selbstständig für ein Altenheim. Um zusätzlich ein regelmäßiges Einkommen zu haben, arbeitet sie 15 Stunden in der

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

Woche als Verkäuferin. Wegen dieses geringen regelmäßigen Einkommens hat sie nun aber keinen Anspruch auf die staatlichen Unterstützungsgelder für Selbstständige.“ Betroffen sind auch Honorartätige. Auch wenn es sich dabei um Aufwandsentschädigungen handelt, machen die Einkünfte in vielen Fällen einen großen Teil des Einkommens mancher jungen Menschen, etwa Studierender, aus. Das Risiko wird hier einseitig auf die Arbeitenden abgewälzt.

Darüber hinaus erleben wir, dass viele Leiharbeiter*innen aufgrund von Corona nicht weiter einer Erwerbsarbeit nachgehen können, da es keine Arbeitsgelegenheiten gibt. Weder Leiharbeitsfirmen noch die ausleihenden Unternehmen schützen ihre Mitarbeitenden, entlassen sie in eine finanzielle und zumeist auch psychisch belastende Situation.

Im Zuge der Krise wird deutlich, dass diejenigen besonders unter der Situation leiden, die eh schon benachteiligt sind: Junge Menschen, die aus finanziell und bildungsmäßig weniger gut ausgestatteten Verhältnissen stammen, erhalten zuhause nicht die Unterstützung und die Ressourcen, die sie benötigen und werden etwa in der schulischen Bildung abgehängt. Familien, die sich nur kleine Wohnungen leisten können, sitzen nun auf engstem Raum zusammen, was zu Spannungen führt. Prekär beschäftigte sehen sich einer größeren Gefahr ausgesetzt, in noch unsicherere Verhältnisse zu geraten.

Normalerweise vorhandene Unterstützungsangebote, wie sie etwa auch die Jugendverbandsarbeit bietet, werden aktuell von staatlicher Seite unterbunden und deren Beitrag zum gesellschaftlichen Gesamtgefüge nicht anerkannt. Lisa (26) erlebt dies in ihrer Tätigkeit für die CAJ alltäglich: „Ich denke, es ist wichtiger denn je, Angebote für junge Menschen zu schaffen, die sich in schwierigen familiären Situationen befinden, Probleme damit haben, zu Hause selbstständig zu lernen, oder häusliche Gewalt erleben. Der Fokus liegt momentan lediglich auf der schrittweisen Wiedereröffnung von Schulen, alle anderen sozialen Bereiche bleiben handlungsunfähig. Es ist uns nicht einmal möglich, in den Jugendtreffs eine Sprechstunde einzurichten, in der einzelne Jugendliche ein persönliches Gespräch mit den Mitarbeitenden führen können, um die Veränderungen verarbeiten zu können. Gerade diejenigen, die besonders stark gefährdet sind, werden mit digitalen Angeboten in der Regel nicht ausreichend erreicht.“

Die Macht der Geschlechterverhältnisse wird besonders deutlich!

Von den Auswirkungen der Krise sind Frauen besonders betroffen. Die tiefe Verwurzelung geschlechtsbezogener Diskriminierung und Ausbeutung tritt besonders zu Tage. Denn gerade diejenigen Berufe, die zurzeit als systemrelevant gelten und besonders beansprucht sind, sind Berufe, die häufig von Frauen ausgeübt werden. Im Bereich der entlohnten Care-Arbeit finden sich viele Teilzeitbeschäftigungen, ein zu dünner Personalschlüssel und geringe Löhne.

Auch im Haushalt leisten vor allem Frauen die Care-Arbeit. Das hängt zum einen mit tradierten und gefestigten Rollenmustern zusammen, aber auch damit, dass Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer und daher eher zurückstecken, wenn es etwa um das gesamte Einkommen der Familie geht. So geht es leider auch Sandra (33): „Erst wenn unsere Gehälter gleich hoch wären, würden wir

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

über eine andere Aufteilung von Arbeit und Kinderbetreuung nachdenken. Denn als Familie müssen über die Runden zu kommen – da ist die Gleichberechtigung leider nachrangig.“ Daher sind von den Schul- und Kindergartenschließungen wiederum besonders Frauen betroffen, die sich nun ganztäglich um die Kinder zu Hause kümmern.

Wir sind gefangen in den Zwängen des Systems!

Auch in der aktuellen Situation finden wir uns in einem Gesamtsystem wieder, welches wir kritisieren, in dem wir jedoch stets auch selbst Teil sind. In vielen (Schutz-)Maßnahmen, die im Zuge der Krise ergriffen wurden, spiegelt sich eine starke Ausrichtung unseres Tuns auf ein kapitalorientiertes Wirtschaften wider. Die durch Arbeitnehmer*innen geleistete Arbeit ist dabei eine tragende Säule. Die Arbeitnehmer*innen selbst sind wiederum vom Einkommen in diesem System abhängig. Ein Ausbruch – etwa zum Schutze der eigenen Gesundheit – ist häufig nicht möglich!

Angesichts der aktuellen Situation erklären junge Menschen wie Caro (30) sich bereit, Urlaubstage zu nehmen (die nicht unbedingt der Erholung dienen) oder in einer eingeschränkten Rahmensituation (etwa im Homeoffice) zu arbeiten: „Wir wurden gebeten, frei zu machen. Das hängt auch mit anderen, bereits geplanten Urlaubstagen oder grundsätzlich freien Tagen zusammen. Ich habe nun Urlaubstage auf diese Zeit gelegt oder auch freie Tage vorgezogen. Ein Freund hat zum Beispiel aber schon seinen gesamten Jahresurlaub verbraucht. Es gibt eine gewisse Art Druck oder Verpflichtung, frei zu machen. Das ist kein Zwang. Und ich habe auch sonst eine gewisse Bindung an die Arbeitszeit meiner Chefin, was meinen Urlaub angeht. Ein Grund dafür, jetzt frei zu machen, ist, dass es gerade durch ausfallende Veranstaltungen nicht viel zu tun gibt. Es gibt auch den Druck, Überstunden abzubauen.“ Es gibt eine gewisse, kulturell verankerte Selbstverständlichkeit, dass der*die Arbeitnehmer*in sich gegenüber ihrem*r Vorgesetzten fügt, auch wenn dies Nachteile mit sich bringt und die persönliche Planungsfreiheit einschränkt. Die Abhängigkeit der Arbeitenden von den Entscheidungsträger*innen manifestiert sich.

Wir erleben gerade durchaus, dass ein Bewusstsein dafür entsteht, dass in unserer aktuellen Form des gesellschaftlichen Gesamtgefüges Einiges schief läuft. Prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen kommen besonders in Krisen wie dieser zum Vorschein. Beispielsweise wird bei der Anerkennung der Leistungen von Angestellten im Care-Bereich Handlungsbedarf erkannt. Anna (31) kritisiert jedoch auch, dass ein Klatschen der Menschen nicht helfe, wenn zuvor Hamsterkäufe getätigt werde und mittelfristig keine Verbesserung hinsichtlich der Entlohnung und der Wertschätzung geschieht, weil die Maßnahmen nur punktuell wirken. Wenn nicht mit den Betroffenen über deren tatsächlichen Anliegen und Bedürfnisse gesprochen wird und diese selbst zu Akteur*innen werden, können wir diese Gesellschaft nicht nachhaltig verändern!

URTEILEN

Die aktuelle Situation löst in uns und bei den jungen Menschen eine große Sorge und Ohnmacht aus. Wir sehen uns der Ungewissheit gegenüber, wie lange die Situation noch andauern und welche

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

Folgen sie nach sich ziehen wird. Wir fühlen uns getrieben angesichts der Aufgaben und Erwartungen, die an uns gerichtet werden, und brauchen Zeit, die Situation zu begreifen.

Einerseits sind wir dankbar, dass es staatliche Regelungen zum Schutz der Einzelnen gibt. Andererseits sind wir wütend über die derzeitige Situation, über mangelnde Anerkennung und Unterstützung. Nationalistische und profitorientierte Entscheidungen des Staates und von Unternehmen lösen Unverständnis aus.

Solange wir nicht selbst von der Krankheit oder den Folgen handlungsunfähig gemacht werden, sehen wir uns berufen und in der Pflicht, für die Belange junger Menschen in unsichereren und prekärer Lebensrealitäten einzustehen – auch weltweit.

Der Wert des Menschen, unabhängig von seinem Wohnort, seiner Herkunft, seinem Geschlecht, etc., muss das zentrale Leitmotiv all unseres gesellschaftlichen Handelns sein und nicht etwa der Profit. Alle Menschen sollten gleiche Chancen auf angemessene Bildung, einen gleichen Zugang zu Ressourcen erhalten – unabhängig von deren finanziellem und sozialem Hintergrund. Wir wünschen uns, dass wir unsere Werte und Grundrechte leben können und dass der Grund „Corona ist wichtiger“ nicht als allmächtiges Argument gewertet wird. Das Gesundheitssystem sollte allein auf den Erhalt der Gesundheit der Menschen abzielen und sich nicht der klassischen, kapitalistischen Marktlogik unterwerfen. Die öffentliche Daseinsvorsorge steht im Dienst des Menschen!

Die Annahme einer von Gott gegebenen Würde und Berufung eines jeden (jungen) Menschen zieht unabdingbar nach sich, dass der Mensch im Mittelpunkt alles Wirtschaftens stehen muss. Entscheidungen dürfen sich nicht am Kapitalertrag einer Gesellschaft orientieren, sondern müssen sich am Mehrwert für die Menschen selbst ausrichten. Menschenleben dürfen nicht am Geld hängen. Das gilt für Krisenzeiten genauso wie sonst auch! Denn die gemachten Beobachtungen sind keine alleinigen Phänomene dieser Krise, sondern prägen unsere Gesellschaft seit langem.

Im Rahmen des 2019 beschlossenen [Bundesaktionsplans unter dem Motto „Berufen, eine andere Welt zu erkämpfen“](#) haben wir eine Vielzahl an Elementen einer Vision aufgestellt, von denen viele auch in diesem Kontext Geltung haben. Exemplarisch seien die folgenden Aspekte unserer Vision aufgeführt (S. 50ff.):

- Arbeit in den Familien und insgesamt Sorgearbeit ist eine gemeinsame Aufgabe der Gesellschaft, die gewürdigt und unterstützt wird, auch finanziell. Sie wird nicht auf einzelne abgewälzt. Auch zwischen den Geschlechtern gibt es eine gute und gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit.
- Wir wünschen uns, dass wir in einer Welt leben, die die Ausbeutung der Menschen stoppt, sodass Jede*r ein faires und chancengleiches Leben führen kann!

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

- Wir wollen, dass der Mensch wichtiger ist als das Kapital, als Profitmaximierung. Wir wollen eine Welt, in der die Arbeit und die Wirtschaft so organisiert sind, dass sie dem Menschen dienen.
- Wir wollen Gleichberechtigung in allen Lagen des Lebens, damit alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben! Es soll keine Benachteiligung, beispielsweise wegen Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung geben. Dafür muss individuelle Förderung ermöglicht werden.
- Wir fordern: EMPOWERMENT der Arbeiterschaft! Wir stärken das individuelle Selbstvertrauen und somit die gesamte Solidargemeinschaft!
- Jeder Mensch soll sich da wohlfühlen, wo er oder sie ist, und wo er oder sie einen großen Teil seiner Zeit verbringt (sowohl auf der Arbeit als auch Zuhause).
- Wir wünschen mehr Menschlichkeit und weniger die Ansicht, dass wir Arbeitstiere sind, denn wir sind Individuen und wir alle sind wertvoll.

HANDELN

Wir wollen in individuellen und kollektiven Aktionen handeln. Wir müssen konkrete Herausforderungen bewältigen, und gleichzeitig wollen wir erkennen, was wir nachhaltig verändern können. Wir gehen offen auf andere zu, um den persönlichen Kontakt aufrecht zu erhalten, denn die Solidarität und Freundschaft untereinander gibt uns Kraft für unseren gemeinsamen Kampf für eine andere Welt, eine andere Gesellschaft. Wir möchten unseren persönlichen Konsum und unser Handeln darauf ausrichten, die kleinen, regionalen und fairen Erzeuger*innen zu unterstützen und den großen Sieg nach dieser Krise nicht denn eh schon großen Gewinner*innen überlassen.

Im Sinne einer kollektiven Aktion begrüßen wir Anliegen wie das Corona-Grundeinkommen oder die Räumung der Flüchtlingslager, da sie im Sinne unserer Forderungen und Beschlüsse sind. Dennoch braucht es langfristige Veränderungen, da diese Probleme nicht erst in einer Krise zu Tage kommen!

Wir bekräftigen demnach unsere Beschlüsse zu einem notwendigen [bedingungslosen Grundeinkommen](#) und zur [Arbeitszeitverkürzung](#) von 2018. Wären diese Forderungen bereits umgesetzt, so wäre ein Handeln zugunsten der Menschen in der gegenwärtigen Situation um einiges besser möglich. Die [Vision einer menschenwürdigen und gerechten Arbeit](#) (2015) ist noch lange nicht erreicht und unsere Forderungen zur Bekämpfung prekärer Arbeit und einer [Reregulierung des Erwerbsarbeitsmarktes](#) (2016) zeigen gerade ihre hohe Relevanz.

In Bezug auf die Situation an den Außengrenzen Europas unterstützen wir die derzeitigen Forderungen vieler Organisationen zur Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen und verweisen auf unsere [Vision einer Migration in Würde](#) (2019).

Diese Krise zeigt nur einmal mehr, wie wichtig der Aufbau einer gerechten, solidarischen und menschenwürdigen Gesellschaft ist. Die Worte unseres Gründers Joseph Cardijn's gelten nach wie vor: „Vorwärts, vorwärts – wir stehen erst am Anfang!“.